

Andreas Novy

## »Eine Waffe, die den Gegner verwirrt«

*Ökonomische Überlegungen zur Geldpolitik<sup>1</sup>*

**Geld ist kein neutrales Werkzeug und kein Schleier über den »realen« Problemen. Geld ist eine umkämpfte soziale Institution. Der Blick auf die Entwicklung und die Interessen der gegenwärtigen Geldpolitik deckt auf, wie ideologiegeladen diese Kämpfe sind.**

● »Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt«, so beschrieb Marques-Pereira<sup>2</sup> die Orientierungslosigkeit, mit der Südamerikas Linke mitanzusehen musste, wie die Demokratisierung der 1980er-Jahre einem sozialpolitischen Fiasko den Weg bereitete. Nicht nur in Südamerika und nicht nur in den 1980er-Jahren, sondern immer wieder zieht das Establishment Nutzen aus der

*»simple Mechanik von Angebot und Nachfrage«*

Verwirrung über Wesen, Funktion und Mächtigkeit des Geldes; es vernebelt die eigenen Bereicherungsstrategien und lenkt die Aufmerksamkeit auf Nebenschauplätze. Gerade die Verharmlosung der Geldpolitik, die darauf beruht, geldbezogene Zusammenhänge auf simple Naturgesetzmäßigkeiten bzw. Mechaniken zurückzuführen, leistet dem Status Quo der Macht- und Vermögensverteilung den besten Dienst.

**Neutraler Schleier oder ...**

● Zum einen wissen alle, dass sich Politik zentral ums Geld dreht. Zum anderen erscheint Geldtheorie als allzu weit weg von realen Problemen. Geld wird oft als ein bloßer Schleier angesehen, der sich über die »wirklichen« ökonomischen Prozesse legt. So wird Bemühungen in Richtung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Sozialpolitik die »vernünftige« Einsicht in die monetären Beschränkungen jedes sozialpolitischen Engagements entgegen gehalten. Im Laufe des Artikels soll klarer werden, dass es sich hierbei um einen falschen Widerspruch handelt, der im Verständnis des Geldes als eines neutralen Mediums wurzelt.

Dieses Verständnis liegt allerdings dem derzeit herrschenden Neo-Liberalismus zugrunde, der damit in vielerlei Hinsicht auf uralten Ideologien basiert. Während die Mechanik in der Physik heftig kritisiert wird, erklärt er die soziale Welt über ein simple Mechanik von Angebot und Nachfrage. Während tagtäglich der enge Zusammenhang von Politik und Ökonomie erlebbar ist, behauptet er eine Eigendynamik des Ökonomischen, die nur deshalb nicht optimal zur Geltung komme, weil die Politik dieses selbststeuernde System durcheinander bringe. Geld

verursache nur deshalb Probleme, weil es eben nicht neutral einzig als Zahlungsmittel und Wertmaßstab eingesetzt, sondern durch die Politik manipuliert werde. In der unvollkommenen Welt, in der wir uns alle, insbesondere die Entwicklungsländer, befinden, verfüge die Politik noch über viel zu viel Einfluss, weshalb sie immer wieder Störungen im Wirtschaftsablauf heraufbrufe. Erst wenn Geld von der Politik unbeeinflusst nach den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, d.h. den Regeln von Angebot und Nachfrage, gesteuert werde, könne Geld den realen Prozessen gegenüber neutral werden und das bestmögliche Funktionieren der Marktwirtschaft ermöglichen. Daher gehört die Forderung nach Autonomie der Notenbanken – ein anderes Wort für die Entdemokratisierung der Geldpolitik – in alle Konzepte von good governance, die ansonsten ja Demokratisierung als einen Grundpfeiler guten Regierens betonen.

### ... soziale Institution

● Die Theorie, die für eine transdisziplinäre Forschung am relevantesten ist, sieht Geld als eine Institution, ein soziales Verhältnis. Geld ist ein Regelwerk, ein Zahlungssystem, das eine Marktwirtschaft erst möglich macht.<sup>3</sup> Nur mit Geld kann ein Wirtschaftssystem über Raum und Zeit organisiert werden, denn Geld ermöglicht das Auseinanderfallen von Tauschakten. Geld ist das Medium, das am Anfang und am Ende des Verwertungsprozesses steht, in dem aus Geld im Zuge wirtschaftlicher Transaktionen mehr Geld gemacht werden soll. Der Wirtschaftskreislauf ist ein Geldkreislauf, der nur erfolgreich abgeschlossen ist, wenn der Investor am Ende der Transaktion wieder Geld in Händen hält.

Geld ist also ein Schlüsselmedium kapitalistischer Gesellschaften. Soll in neuen Räumen

eine dementsprechende gesellschaftliche Ordnung hergestellt werden, muss Geld oder ein allgemein akzeptiertes soziales Äquivalent eingeführt werden, wenn es sein muss mit Gewalt. Die Kopfsteuer, mit der die Kolonialmächte Afrika und Asien die Geldwirtschaft aufzwingen, zeigt dies anschaulich. Ältere Münzen, auf denen das Bild des Kaisers oder eine Symbolik der

### »Geld ist untrennbar mit Macht verbunden.«

Macht eingeprägt ist, rufen noch optisch in Erinnerung, was später verinnerlicht wurde: »Geld ist untrennbar mit einem übergeordneten System oder einer Macht verbunden.«<sup>4</sup> Wenn in Hotels in Lateinamerika lieber der Dollar als die Landeswährung angenommen wird, dann sagt dies einiges aus über die eingeschränkte Souveränität der formalen Machthaber und vermeintlich Verantwortlichen für politisches Versagen. »Dass internationaler Zahlungsverkehr aber in großem Maßstab möglich ist, beweist auch, dass politische Souveränität keine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes ist.«<sup>5</sup>

Das soziale Verhältnis, das durch das Geld begründet wird, ist ein Schuldverhältnis, das sich als eine quantitative Beziehung zwischen Schuldner und Gläubiger darstellt. In den 1990er-Jahren kam es zu einer ungeahnten Beschleunigung der Monetarisierung vieler sozialer Beziehungen. Die quantitative Bewertung von Sozialem und von Qualität, auch z.B. im Bereich von Bildung oder Gesundheit, schritt rasant voran. Weil alles, was nichts kostet, nichts wert sein soll, werden allerorts Selbstbehalte eingeführt. Geld ist das universelle Äquivalent von Bedeutung geworden, die nicht-monetarisierten Bereiche sind drastisch geschrumpft. Auch in den Entwicklungsländern gilt heute in immer größerem Maße, dass Geld das zentrale Grund-

bedürfnis der Armen ist, weil vor allem in den Städten nur mittels Geld Lebensstrategien verwirklicht werden können. Damit bekommt Geld für immer mehr Bevölkerungsgruppen einen zentralen Stellenwert: für die einen zur Sicherung ihrer Vermögen, für die anderen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse.

## Eine kurze Geschichte des Geldes

● In den letzten 150 Jahren sind drei unterschiedliche internationale Geldregime zu unterscheiden: bis 1930 der Goldstandard, nach dem Zweiten Weltkrieg der Dollar als Leitwährung im Bretton-Woods-System und schließlich seit 1973 die Phase flexibler Wechselkurse. Im Goldstandard hatte Gold die Funktion eines Weltgeldes, d.h. eines überall gültigen Wertmaßstabs und Zahlungsmittels. Dieses erste System fixer Wechselkurse als Grundlage eines globalen Systems kapitalistischer Marktgesellschaften machte die Anpassung an Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität zu einer inneren Angelegenheit der Nation. Um die fixen Wechselkurse zu halten, wurden außenwirtschaftliche Defizite ge-

### »traumatische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise«

senkt und dabei eine Rezession in Kauf genommen; d.h. eine inländische Wirtschaftskrise half, den Wechselkurs zu stabilisieren. Hohe Inlandszinsen dämpften die inländische Investitionstätigkeit und förderten die Investitionen ausländischer Anleger.

Diese ökonomische Mechanik funktionierte aber nur in einem bestimmten sozialen Verhältnis, in dem die vier großen Weltmächte (England, USA, Deutschland und Frankreich) in der Geldpolitik zusammenarbeiteten. Die Zentral-

banken der Zentrumsökonomien sicherten ihre Währungen gegenseitig, die Peripherie konnte auf derartige Hilfen nicht rechnen.<sup>6</sup> Der Goldstandard konnte jahrzehntelang als soziale Ordnung unbestritten bleiben, weil die Währungsstabilisierung die vorrangige politische Priorität war. Innenpolitische Zielsetzungen, wie z.B. die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder die Belebung der Volkswirtschaft, mussten sich unterordnen.

Die traumatische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise nach 1929 bildete, vor allem dann nach dem Zweiten Weltkrieg, für einige Jahrzehnte die Grundlage einer stärker interventionistischen Wirtschaftspolitik. Heute scheint dies

### »Jahrzehnte, in denen das weltweite Wohlfahrtsgefälle geringer wurde«

vergessen. Die gegenwärtige geldpolitische Diskussion schließt nahtlos an die der 1920er-Jahre an und hat für die Experimente nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kaum mehr Verständnis. Und doch handelte es sich für die Staaten des Zentrums mit Sicherheit um »goldene Jahrzehnte«, was soziale Sicherheit, Frieden und Wohlstand betrifft. Aber auch in den Staaten der Peripherie waren dies Jahrzehnte, in denen das weltweite Wohlfahrtsgefälle geringer wurde. Dies lag wesentlich darin, dass Gewerkschaften und Arbeiterparteien Themenfelder wie Arbeitsmarkt- und Industriepolitik zu wirtschaftspolitischen Schlüsselbereichen machten, die neben der Währungsstabilität ihren Platz einnahmen. Außenwirtschaftliche Beschränkungen waren nicht automatisch gewichtiger als innenpolitische Überlegungen.

Diese nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise der Nachkriegszeit basierte auf dem Bretton-Woods-Abkommen von 1944 mit seinem deutlich flexibleren System eines Dollar-

Gold-Standards. Kapitalverkehrskontrollen sollten den internationalen Warenhandel stabilisieren und sicherten gleichzeitig den nationalen Währungsraum. Damit erreichte die nationale Geldpolitik eine Souveränität, die sie vorher und nachher nicht hatte. Die Zinspolitik richtete sich nach den Investitionserfordernissen heimischer Unternehmen, was ein niedriges und damit die Wirtschaft ankurbelndes Zinsniveau zur Folge hatte. Abgesichert wurde dieser nationale Geldraum durch eine Handelspolitik, die Importe, vor allem die von Konsumgütern, behinderte und damit die Zahlungsbilanz entlastete. Hinzu kam, dass der Finanzsektor seine wesentliche Aufgabe in der Finanzierung realwirtschaftlicher Investitionen sah und es daher keine Dominanz des kurzfristorientierten Finanz- über das eher langfristorientierte Produktivkapital gab.

Werden Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Industrialisierung oder der Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems herangezogen, handelte es sich um durchaus erfolgreiche Jahrzehnte.<sup>7</sup> Eine interventionistische und nationalstaatszentrierte Wirtschafts- und Geldpolitik kann demnach nicht so schlecht sein, wie heute gemeinhin unterstellt wird.

## Kapitalmarkt und Budget

● Die Balance zwischen innen- und außenwirtschaftlichen Interessen verschob sich mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 und mit der Schuldenkrise der 1980er-Jahre schlagartig. Der Zusammenbruch der Dollar-Gold-Bindung führte zu einem multipolaren Währungsraum und zu einem starken Bedeutungsgewinn des Devisenmarktes, auf dem Geld von politischen Autoritäten nur schwer kontrolliert werden kann. Die Schwankungen der Wechselkurse und Zinssätze wurden zu wichtigen Faktoren

im wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen und wurden zu einem wesentlichen Auslöser der Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Damit veränderte die Abhängigkeit von neuen Krediten binnen kurzer Zeit das Machtgefüge. Die nationalstaatlichen Akteure und das Industriekapital mussten dem Finanzkapital immer mehr Zugeständnisse machen.

Mit der Öffnung der Kapitalmärkte der Schuldnerländer hatte das anlagesuchende Kapital aus dem Norden eine weitere Option, wo – unter investorenfreundlichen Bedingungen – Geld einen lukrativen, wenngleich viel weniger sicheren Hafen finden konnte. Kaum ziehen aber

### »die bestehende Ordnung als alternativenlos dargestellt«

Gewitterwolken am Konjunkturhimmel auf, dann flüchtet das Geld – scheu wie ein Reh – zurück in den sicheren Schoß von Wallstreet und den Kauf von Staatsschuldscheinen der US-Regierung. Der freie internationale Kapitalmarkt führt deshalb zu einer erhöhten »Volatilität«, d.h. zu größeren Schwankungen im Investitionsverhalten.

Mit dem erhöhten Zinsniveau und liberalisierten Kapitalmärkten waren die institutionellen Eckpfeiler des nationalstaatszentrierten Modells zerstört und eine neue Ordnung bildete sich heraus, die große Ähnlichkeiten mit dem oben beschriebenen Modell des Goldstandards aufweist. Es gibt aber zwei große Unterschiede: Zum einen ist der Kapitalfluss von Nord nach Süd viel geringer und unregelmäßiger als in der kolonialen Ordnung.<sup>8</sup> Zum anderen sind auch die meisten Staaten des Südens heute Demokratien. Die Demokratie beinhaltet eine potenzielle Gefahr für die internationale Wirtschaftsordnung: Das Volk könnte auch innenpolitische oder nicht-ökonomische Zielsetzungen als bedeutsamer ein-

schätzen als freie globale Kapitalmärkte. Deshalb muss die Demokratie jeglicher substantieller Bedeutung beraubt und auf das Auswählen unter kaum unterscheidbaren Eliten reduziert werden. Darüber hinaus muss die bestehende Ordnung als alternativenlos dargestellt und potenzielle Abweichler hart bestraft werden. Auch der ideologischen Absicherung von Strukturanpassungsprogrammen muss mehr Bedeutung geschenkt werden als zur Zeit des Kolonialismus.

Das neue internationale Geldregime hat die alte räumliche Machthierarchie zwischen Zentrum und Peripherie, welche sich zwischen 1950 und 1970 aufzuweichen begann, erneut verfestigt. Die US-Vorherrschaft ist ungebrochen. Die Nationen mit starken Währungen, der Dollar- und eingeschränkter auch der Euro- und der Yen-Raum, konzentrieren den globalen Reichtum; die Nationen mit schwachen Währungen sehen sich vor unerfreuliche Alternativen gestellt: Entweder binden sie sich an einen Währungsraum und geben ihre geldpolitische Souveränität auf. Sie verfügen dann in der rauen See der Weltwirtschaft über einen stabilen Anker. Oder sie wählen die Alternative eines frei schwankenden Wechselkurses, was die Über- und Unterbewertung der Währung verhindert. Ein marktkonformer Wechselkurs wäre die Folge, internationale Schwankungen würden aber sofort im Land selber spürbar werden, die wirtschaftspolitische Planbarkeit wäre gering.

### Der Blick hinter den Schleier

- Die Geschichte des Geldes ist eine Geschichte sozialer Auseinandersetzungen, denn Geld ist Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Im nationalstaatszentrierten Modell konnten nationale und soziale Bewegungen si-

cherstellen, dass sich die Wirtschaftspolitik auch an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte. Im Goldstandard dominierte dagegen die Währungspolitik. Gegenwärtig wird im Zentrum und an der Peripherie alles unternommen, den Primat der außenwirtschaftlichen Orientierung wiederherzustellen. Dazu ist die Zerstörung der nationalen und sozialen Kräfte notwendig.

Die dominante Rhetorik von gesundem Geld und ausgeglichenem Budget präsentiert sich als wertfreie ökonomische Weisheit und ist jedoch zutiefst ideologisch. Kein Ökonom kann beweisen, warum 0% Inflation anstrebenswert

### »moderate Verschuldung«

ist, genauso wie keine Ökonomin erklären kann, warum ein Nulldefizit besser ist als moderate Überschüsse oder Defizite. Kapitalismus lebte von Anfang an davon, dass sich der Staat und investitionswillige UnternehmerInnen verschuldeten. Eine moderate Verschuldung ist nicht nur sinnvoll, sie ist systemimmanenter Teil kapitalistischer Entwicklung.

Warum plötzlich allerorten der Geld- und Budgetpolitik diese Schlüsselrolle zukommt, ist nur verständlich, wenn gesehen wird, dass es hinter dem Schleier dieser scheinbar bloß geld- und budgettechnischen Fragen um die Etablierung einer neuen sozialen Ordnung geht: In einem weltwirtschaftlichen System freier Kapitalmärkte ist das Vertrauen, das die Vermögensbesitzenden im In- und Ausland gegenüber den währungspolitischen Instanzen haben, von entscheidender Bedeutung, denn es beeinflusst die Höhe der Direktinvestitionen wie der vergebenen Kredite. Das funktioniert, weil es diese Interessen der Besitzenden sind, die die Geld- und Wirtschaftspolitik in immer größerem Ausmaß bestimmen. Das neue Geldregime geht mit einer neuen Hierarchie sozialer Kräfte einher.

Der Kreuzzug für ausgeglichene Budgets eignete sich bestens, die soziale Auseinandersetzung zuungunsten nationaler und sozialer Kräfte zu beeinflussen. So konnte scheinbar wertfrei und objektiv die Einschränkung von Staatsfunktionen durchgesetzt werden, die in weniger ideologisierten Diskussionen nicht antastbar wären – wie z.B. das Gesundheits- und Bildungswesen oder die Sozialversicherung. Global setzt sich eine neue Moral des »vernünftigen« Wirtschaftens durch, die allen nationalen Ökonomien die

### »neue Moral vernünftigen« Wirtschaftens«

gleiche Logik aufzwingt: Lohnkürzungen und Sozialabbau zugunsten monetärer Stabilität. Die Schlüsselrolle, die so ein unklares Konzept wie Vertrauen in scheinbar knallharten ökonomischen Kalkülen spielt, zeigt das ideologische Element der Argumentation für gesundes Geld und ausgeglichene Budgets: Statt Sozialabbau würden rein budgettechnisch Solidaritätsbeiträge der Reichen und Vermögenssteuern zum selben Ergebnis führen; statt durch Lohnkürzungen könnte durch Gewinnkürzungen und Qualitätssteigerung der gleiche Effekt am Exportmarkt erzielt werden.

Im Siegeszug des Liberalismus wurde zunächst in guter alter Tradition die Liberalisierung des Außenhandels und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gefordert. In einem zweiten Schritt wurde das gesamte staatliche Handeln unter den Primat von Markt und Wettbewerb gestellt: Es folgte die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur von Bahn und Strom bis zu Wasser und Straßen. Wenn aber jede Beschränkung von Markt und Wettbewerb als wirtschaftsfeindlich erachtet wird, erscheint auch die Privatisierung von Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge als wünschenswert.<sup>9</sup>

Da gegenwärtig die Geldpolitik also nur darauf aus ist, den Innen- und Außenwert der Währung stabil zu halten, lastet auf der Fiskalpolitik die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung. Man muss den spezifischen Zusammenhang, den liberale Wirtschaftspolitik zwischen Geld- und Fiskalpolitik herstellt, verstehen, um Ansatzpunkte für neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Die behauptete Unabänderlichkeit der Geldpolitik führt nämlich zu einer massiven Politisierung der Fiskalpolitik. Es werden immer neue geldpolitische Sachzwänge konstruiert (der »Markt« fordere hohe Zinsen, die »Investoren« fordern eine starke Währung), die den geldpolitischen EntscheidungsträgerInnen die Macht geben, der Geld- und Währungsstabilisierung alle anderen politischen Zielsetzungen zu opfern. Den restlichen politischen EntscheidungsträgerInnen obliegt dann die Minimierung der Lasten, die aus dieser Geldpolitik resultieren. Wir stehen somit vor einem liberalen Paradoxon: Die, die immer weniger Politik wollen, setzen immer neue Maßnahmen in immer neuen Politikfeldern: Von der An-

### »massive Politisierung« der Fiskalpolitik«

zahl der Prüfungsantritte an einer Universität im Zentrum bis zur Bettenauslastung einer kirchlichen Gesundheitsstation an der Peripherie entgeht nichts der politischen Kontrolle via Evaluierung; die Kürzungen im Sozialbereich machen nicht selten höhere Ausgaben für den Sicherheitsapparat erforderlich.

Das geldpolitische Establishment vermittelt gegenwärtig ein sehr technokratisches und politikritisches Selbstverständnis, was dazu verleiten könnte, Forderungen nach einer Re-Politisierung zu erheben. Aber auch in einer Welt, die sich als freie Marktwirtschaft organisieren will,

intervenieren entgegen aller Rhetorik mächtige Gruppen – nicht nur Bill Gates' Microsoft, sondern auch Nationalbanken und der Währungsfonds – regelmäßig in die Märkte. Es scheint mir daher angebrachter über eine neue Struktur des Geldregimes nachzudenken, in dem die Entscheidungen demokratischer, transparenter und

unter Einbindung breiterer Bevölkerungsschichten erfolgen. Ein erster Schritt in diese Richtung bestünde darin, den Schleier des vorherrschenden Diskurses über Geld zu lüften und die Macht bloßzustellen, welche Geld als Waffe in den sozialen Auseinandersetzungen im Zentrum und an der Peripherie benutzt.

<sup>1</sup> Gekürzte und überarbeitete Fassung von: Andreas Novy, Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt, in: Journal für Entwicklungspolitik 2/2000, 189–208. Weitere Belege und Literatur siehe dort.

<sup>2</sup> Jaime Marques-Pereira, Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika, in: Journal für Entwicklungspolitik 2/98, 39–152, 142.

<sup>3</sup> Jean Cartelier, Das Geld. Ausführungen zum besseren Verständnis. Anregungen zum Nachdenken, Bergisch Gladbach 1998, 61.

Vgl. auch John Kenneth Galbraith, Money. Whence it came, where it went, London 1995.

<sup>4</sup> Cartelier, Anm. 3, 96.

<sup>5</sup> Ebd. 100.

<sup>6</sup> Vgl. Barry Eichengreen, Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des

internationalen Währungssystems, Berlin 2000, 57–65.

<sup>7</sup> Vgl. Joachim Becker, Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung, in: W. Raza/A. Novy, Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Frankfurt 1997, 135–173.

<sup>8</sup> Jean-François Vidal, Internationalisierung, Regulation und politische Ökonomie. Ein Vergleich

der Perioden 1880–1913 und 1970–1995, in: Kurswechsel 1/98, 11–23, 12.

<sup>9</sup> Vgl. Andreas Novy, Verschuldungs- und Finanzkrisen als Wegbereiter der sozialliberalen Hegemonie, in: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert – Probleme der Peripherie oder globale Gefahr? Marburg 2000.

#### Internethinweise zum Heftthema:

[http://www.khg-graz.at/cms/index.php/denken\\_glauben/d\\_g\\_133\\_geld\\_regiert\\_die\\_welt](http://www.khg-graz.at/cms/index.php/denken_glauben/d_g_133_geld_regiert_die_welt)  
Die Katholische Hochschulgemeinde Graz hat in ihrer Zeitschrift zum Jahreswechsel 2004/2005 ebenfalls ein interessantes Heft zum Thema Geld vorgelegt. Auf der Homepage finden sich alle Artikel als Download.

<http://www.ecunet.de/ecunet/oeknetze/oeknetze.oenid/index.html>

Das Ökumenische Netzwerk in Deutschland macht sich u.a. Kapitalismuskritik aus christlicher Perspektive zur Aufgabe. Den Selbstverständigungstext dieses neu gegründeten Netzwerks wird DIAKONIA in Heft 2/2007 dokumentieren. Er ist auch auf dieser Homepage zu finden.